

# Initiative will Landverkäufe verbieten

**Bodeninitiative** Neue Idee lanciert: Basler Boden soll nicht weiter privatisiert werden

VON ANDREAS MAURER

Was mit der Basler Markthalle passiert, wird nicht in Basel, sondern in Zürich entschieden. Die Zürcher Allreal-Gruppe hat das Hochhaus und den Kuppel-Umbau finanziert. Kurz vor der Eröffnung wechselt der Besitzer: Im April 2011 übernimmt die Credit-Suisse-Anlagestiftung mit Sitz in Zürich die Markthalle, deren Marktwert mit 94 Millionen Franken angegeben wird.

«Das zeigt, dass die Markthalle zu einem Spielball von Investoren geworden ist, die kurzfristige Interessen verfolgen», ärgert sich Jörg Vitelli, Präsident des Dachverbands der Nordwestschweizer Wohngemeinschaften. Der SP-Grossrat kritisiert damit seine rot-grüne Regierung: «Der Kanton hätte die Markthalle nie verkaufen dürfen.» Er begründet dies mit der zentralen Lage beim Bahnhof. Um eine langfristige Stadtentwicklung zu ermöglichen, müsse das Gebiet in staatlicher Hand bleiben. Dafür ist es zu spät.

## Nur noch Abgabe im Baurecht

Um künftige Deals à la Markthalle zu verhindern, haben drei Organisationen gestern eine ausformulierte Gesetzesinitiative lanciert. Diese will festlegen, dass der Kanton Liegenschaften grundsätzlich nicht mehr verkaufen darf. Dritte dürften diese

**«Die Investition lohnt sich: Boden ist auch in 100 Jahren noch da, der Euro vielleicht nicht.»**

Christoph Langscheid,  
Geschäftsführer Maryon

aber im Baurecht nutzen. Das bedeutet: Das Land bleibt im Besitz des Staats, während die Gebäude Privaten gehören dürfen, bis der Vertrag endet. Verkaufen dürfe der Kanton nur, wenn er für eine gleichwertige Kompensation sorgt.

Die Initiative schränkt den Kanton einerseits ein, andererseits fordert sie ihn zum Handeln auf: Er erhält die Aufgabe, Boden für gemeinnützigen, familien- und umweltfreundlichen Wohnungsbau zu erwerben. Finanziert werden soll dies aus dem



Die Markthalle als Spielball der Investoren – ein Vorzeige-Negativ-Beispiel der Initianten.

KENNETH NARS

## ■ INITIANTEN: DREI ORGANISATIONEN

Drei Basler Organisationen lancieren die Bodeninitiative: die **Stiftung Habitat**, der **Dachverband der Wohngemeinschaften in der Nordwestschweiz** sowie die **Stiftung Edith Maryon**. Der Stiftungszweck von Habitat legt fest, dass sie sich für günstigen Wohnraum und ein lebenswertes Stadtumfeld einsetzt. Neu will die Stiftung dies auch auf politischem Weg erreichen. Für die Lancierung der Initiative haben die drei Organisationen ein Kapital von 15 000 Franken zusammengelegt. Habitat-Geschäftsführer **Klaus Hubmann** gibt als Ziel an, die 3000 nötigen Unterschriften bereits innert dreier Monate beisammen zu haben. (ÖPF)

«gut gefüllten» Mehrwertabgabefonds. In diesen zahlen Personen und Firmen ein, wenn Planungsmassnahmen den Wert ihrer Grundstücke und Liegenschaften erhöhen. Heute wird dieses Geld vor allem für Grünflächen und Parks verwendet.

Die Initianten sind überzeugt, dass der Kanton finanziell profitieren würde. Zwar fehlt kurzfristig das Geld aus Verkäufen, dafür entstehen langfristig regelmässige Erträge. «Die Investition lohnt sich: Boden ist auch in 100 Jahren noch da, der Euro vielleicht nicht», meint Christoph Langscheid, Geschäftsführer der Stiftung Edith Maryon.

Er und seine Mitstreiter rechnen mit Unterstützung von links bis rechts. «Meine Generation ist auf der Suche nach familiengerechten Wohnungen und findet sie nicht», begründet Brigitta Gerber vom Grünen Bündnis. Viele Bürgerliche würden das Anliegen teilen, möchten sich aber nicht exponieren. «In meiner Partei könnten Einzelne Sympathien hegen», sagt David Wüest-Rudin zur bz. Der GLP-Präsident geht aber nicht davon aus, dass seine Partei die Initiative unterstützt: «Sie ist zu rigoros. Bei den rechten Parteien wird sie erst recht nicht ankommen.»

az ausserdem zum Thema

Was halten Sie von der Idee?  
Diskutieren Sie online mit.